



„DER GRAUE LOBBYISMUS IST FÜR MICH DER SPANNENDSTE“

Schon zur ersten Frage hatte er eine klare Antwort. Es gibt nicht viele Politologen in Deutschland, deren Wort mehr zählt als das des Düsseldorfer Hochschullehrers Ulrich von Alemann. Sein Studienfreund aus Bonner Tagen Henning von Vieregge hat ihn für das große Interview über die Situation der Verbände in Deutschland formwährend gesiezt. Ein Larifari-Gespräch liest sich anders.

Verbändereport: Kann man von einer Krise der Verbände sprechen?

Ulrich von Alemann: Der gute alte Spezialverband ist nicht totzukriegen, wie auch die Parteien nicht totzukriegen sind. Auf die Parteien sind schon allzu oft die Grablichter gestellt worden. Gleiches gilt für die Verbände. Aber wenn sie sich weiter dem Zeitgeist stellen und sich aktivieren, werden sie sich sicher neben den anderen neuen Formen – wie die großen Wirtschafts-Beratungsunternehmen und die Public-Affairs-Firmen, die international eine große Rolle spielen – behaupten können.

VR: Sie erfanden einen schönen Dreiklang: BERLINISIERUNG, EUROPÄISIERUNG, GLOBALISIERUNG. Wollen wir die Stichworte mal durchgehen?

Die Berlinisierung ist ziemlich abgeschlossen, die meisten Verbände sind in Berlin. Früher waren auch nicht alle Verbände in Bonn, manche in Köln, Düsseldorf, Frankfurt. Über die Berliner Republik – lange ein Schlagwort – redet man auch kaum mehr. Es ist selbstverständlich geworden, dass in Berlin die Musik spielt. Es gibt zwar noch viele Ministerien, die offiziell ihren Hauptsitz in Bonn haben, aber in der Realität sind das nur back-offices. Man sagt oft noch, es hätte sich die Berliner Republik gegenüber der Bonner Republik gravierend verändert; die Kommunikation sei eine andere – ich weiß es nicht. Bonn sei so gemütlich gewesen, so klein, jeder hätte jeden gekannt, sowohl was den politischen Journalismus angeht, was auch die Interessenvertretung angeht, na ja! Das ist auch ein bisschen übertrieben worden.

Es geht weiter in Berlin, und es ist nicht so – um auf den zweiten Begriff zu kommen –, dass Brüssel total die Aktivitäten der Interessenvertretungen abgeschöpft hat. Brüssel ist das zweite wichtige Bein für jeden Verband von Relevanz und für jede Form der Interessenvertretung. Dies wird, trotz gewisser Erosionstendenzen der Europäischen Union – siehe Brexit, siehe Osteuropa oder Italien – auch so bleiben. Brüssel wird nicht alle politischen Aktivitäten der Interessenvertretungen aufsaugen. Brüssel bleibt eine ganz wichtige Adresse, aber die nationalen Hauptstädte sind weiterhin die wichtigen Player. Es wird nicht alles von den Hauptstädten rüber nach Brüssel gehen. Vor zehn Jahren konnte man noch spekulieren, dass das Beratungsgeschäft in Brüssel immer weiter wachsen und wachsen würde. Ich glaube, das hat durchaus eine gewisse Grenze erreicht.

VR: Was für Auswirkungen bringt der Brexit für die europäischen Dachverbände, in denen die englischen Verbandspräsidenten oft eine führende Rolle einnehmen, allein der Sprache wegen?

Der Brexit wird da einen großen Einfluss haben. Die Finanzplätze in Europa werden neu austariert. London wird sicher ein wichtiger Finanzplatz bleiben, wird aber an Bedeutung abgeben. Die Frage ist, an wen: Paris, Amsterdam, Frankfurt? Britische Interessenvertretungen werden ihr Auge weiterhin auf Brüssel werfen müssen. Dort wird weiter Wichtiges passieren, was auch das zukünftige Brexit-Großbritannien angeht. Aber

es wird weniger Bedeutung haben für Großbritannien als heute. Es wird sich manches verändern, was wir uns noch gar nicht genau vorstellen können, weil wir nicht wissen, welche Form der Brexit haben wird. Es gibt auch noch die Option des Knall-Brexits, die Implosion, wenn die keinen Vertrag zustande kriegen. Andererseits: Bei einem weichen Brexit wird es eine Übergangsphase von drei bis fünf Jahren geben: In zehn Jahren sprechen wir uns wieder. So lange dauert es, bis sich das einigermaßen eingespielt hat, wie das zukünftige Verhältnis von Großbritannien und Brüssel sein wird.

VR: Wird Englisch die Leitsprache bleiben?

Man darf nicht vergessen: Schon jetzt ist die politische Kultur in Brüssel auch stark französisch geprägt. Französisch ist die heimliche Amtssprache, vor allen Dingen im Recht. Ja, insgesamt könnte sich manches ändern im Stil, was britisch geprägt ist. Das Französische wird dadurch wahrscheinlich noch eine stärkere Rolle spielen, und nicht etwa, dass das Deutsche an die Stelle des Englischen tritt. Diese Illusion sollte sich kein deutscher Politiker machen, die deutsche „Großmacht“ wird nicht an die Stelle treten. Es wird weiter vieles in Englisch veranstaltet werden, weil Englisch für viele Bereiche in Osteuropa die Lingua franca ist, auf die man sich in Brüssel gemeinsam verständigen kann. Für die kleinen Länder ist weiterhin Englisch die Verkehrssprache, deswegen bleibt es sicher auch prägend, wird aber schon eine gewisse Bedeutung verlieren.

ICH BEOBACHTE IN DEN MEDIEN UND DER KOMMUNIKATION, DASS DIESES SCHLÜSSEL- UND MODEWORT „GLOBALISIERUNG“ ETWAS ZURÜCKGEGANGEN IST, MÖGLICHERWEISE NICHT, WEIL DIE GLOBALISIERUNG ZURÜCKGEGANGEN IST, SONDERN WEIL DAS NEUE AN DER GLOBALISIERUNG ZURÜCKGEGANGEN IST. DIE GLOBALISIERUNG IST NORMALER GEWORDEN UND MUSS NICHT MEHR DAUERND BEQUATSCHT WERDEN IN AKADEMIEEN, SEMINAREN UND VORTRÄGEN.

VR: Stichwort Globalisierung?

Ich beobachte in den Medien und der Kommunikation, dass dieses Schlüssel- und Modewort „Globalisierung“ etwas zurückgegangen ist, möglicherweise nicht, weil die Globalisierung zurückgegangen ist, sondern weil das Neue an der Globalisierung zurückgegangen ist. Die Globalisierung ist normaler geworden und muss nicht mehr dauernd bequatscht werden in Akademien, Seminaren und Vorträgen. Die Globalisierung wird allerdings aktuell durch die Politik beeinträchtigt. Eben haben wir über den Brexit geredet. Da muss man heute über die Trump-Regierung reden, die „America first“ praktiziert, und das wird von manchen adaptiert, „Italien first“ war im Wahlkampf eine wichtige Rede. Brexit bedeutet „Britain first“... „we want to have back control ... wir wollen unsere Gesetze, unsere Gerichte wiederhaben“. Von daher ist die Globalisierung etwas eingeschränkt. TTIP ist nicht gekommen, ist verhindert worden von Kritikern aus Europa. Jetzt wird es verhindert von der amerikanischen Regierung.

VR: Eine ziemlich schräge Gemeinsamkeit, oder?

Eine sehr, sehr merkwürdige Koalition! Geradezu ein „odd couple“! Es wird noch stärkere Tendenzen geben, China ist ein großer weltpolitischer Player geworden; vor zehn Jahren war das erst im Entstehen, das ist mittlerweile Faktum. Die große Weltgesellschaft und die große Weltwirtschaft sind durch diese Tendenzen beeinträchtigt. Dazu kommen weitere Entwicklungen wie die Selbstisolierung von Russland und durch die Probleme, die ein starkes Land wie die Türkei im Nahen Osten hat. Das wird aber nicht dazu führen, dass der ganze Prozess rückgängig gemacht wird.

Sie haben, das ist nun schon eine Weile her, die politische Meinungsbildung hierzulande als korporatistisch geprägt beschrieben, also das enge Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft mit ihren Verbänden und Gewerkschaften hervorgehoben. Davon ist im Augenblick kaum mehr die Rede. Was ist passiert?

In dieser Trias ist der Partner Gewerkschaften deutlich in der Defensive. Sie sind nicht mehr ein wirklich gleichberechtigter Partner in der Wirtschaftspolitik, in der Arbeitspolitik. Sie sind noch in Deutschland relativ stark, aber auch nicht mehr so stark, dass sie drastische Lohnerhöhungen durchsetzen könnten. Sogar wirtschaftsnahen Journalisten sagen, die Gewerkschaften sind in Deutschland viel zu defensiv. Daher sind die Lohnstückkosten immer noch so günstig in Deutschland, weil die Gewerkschaften nicht ihre Arbeitsmarktmacht voll ausspielen, immer noch eher auf Konsens machen. Die Streikhäufigkeit ist weiterhin in Deutschland unterdurchschnittlich im internationalen Vergleich.

VR: Hat sich Ihrer Meinung nach auch die Rolle des Staates geändert?

Ja. Der Tripatismus ist dadurch beeinträchtigt, dass der Staat in der Ära des Neoliberalismus zu wenig versucht, Gestaltungskraft zu etablieren. Der Neoliberalismus als Führungsideologie in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre und dann im ersten Jahrzehnt ist mittlerweile aber auch vorbei. Der Neoliberalismus taugt nicht länger als der große Beelzebub aller wirtschaftlichen Probleme. Das ist einfach vorbei!

VR: Bei den Gewerkschaften könnte man jetzt diskutieren, warum sie so sind, wie sie sind. Die Digitalindustrie beispielsweise ist nicht gerade eine Industrie, in der die Arbeitnehmer ein Interesse an den Gewerkschaften haben. Ein anderer Punkt: Ist nicht das Erstarken der NGOs auch wichtig?

Ja. Der dritte Sektor hat sich in viele Bereiche aufgesplittet. Die Gewerkschaften haben früher eine Allzuständigkeit reklamiert für das ganze Lebensgefühl; die Arbeitnehmer sind eigentlich in allem mitzuständig, sie waren in allen gesellschaftlichen Gremien mitvertreten. Sie haben erhebliche Konkurrenz in dem mittlerweile so bedeutsamen Teil der Umweltpolitik, der Energiepolitik, von den NGOs,



Auch das ist Lobbyismus der Verbände: Werbung für die MINT-Berufe.
© Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.

neuerdings Zivilgesellschaft genannt, bekommen. Frühere Bürgerinitiativen wie der BUND sind Verbände geworden, nicht mehr soziale Bewegung. Insofern hat es auch auf dieser Seite eine Rückkehr zum Format Verbände gegeben.

VR: Es gibt zum Selbstverständnis von Verbänden, wenn man sie fragt, genau entgegengesetzte Aussagen: Die einen sagen, die NGOs sind unsere Gegner, die anderen sagen, wir sind selber eine NGO. Was ist Ihr Standpunkt?

Eine fruchtlose Debatte. Es wäre völlig falsch von den Verbänden, die NGOs als die Feinde anzusehen und umgekehrt – von den NGOs – zu sagen, jede Verbandsbildung führt zur Verkrustung. Da kommt gleich das Michel'sche Gesetz der Oligarchie dazu und alles solche Feindbilder. Das ist völlig falsch, weil die

Abgrenzungskriterien ganz schwierig sind. Soziale Bewegungen sind seit den 70er/80er-Jahren kräftig zurückgegangen, Friedensbewegungen, Ökologiebewegungen, Frauenbewegungen haben sich aufgeteilt in einzelne Gruppen, Verbände, Stiftungen. Diese Art Gegnerschaft ist vorbei. Lustig zu beobachten ist, dass einige Parteipolitiker, Lafontaine und Wagenknecht, jetzt wieder eine Bewegung von oben als eine Bewegung von unten gründen wollen. Eine Bewegung kann man nicht einfach mal von oben aus der Taufe heben.

VR: Wenn es Bewegung gibt, dann sieht man sie auf der rechten Seite.

Stimmt, PEGIDA ist eine soziale Bewegung. Bewegung ist nie etwas gewesen, was ausschließlich auf der Seite der Guten war. Bewegung hat schließlich

die ganz böse alte Wurzel in der nationalsozialistischen Bewegung, die haben auch gesagt: „Wir sind eine Bewegung, wir nennen uns zwar Partei, aber wir sind ganz was anderes, wir sind viel mehr.“ Das hat man damals in den 70er/80er-Jahren zwischenzeitlich völlig vergessen gehabt. In Deutschland ist man wohl zu Recht verhalten, diese Art von Bewegungsmythos wiederzubeleben.

VR: Ich schwenke auf das andere Extrem: Reicht Lobbyismus, der sich nur auf die Adressierung der politischen Instanzen und staatlichen Instanzen konzentriert, zu erfolgreicher Interessenvertretung aus?

Jeder Lobbyismus, der an das Lebensgefühl der Bürger Anschluss findet, ist effektiver. Das hat zum Beispiel die Umweltbewegung gezeigt, die in den An-

fängen von Blockierern in Mutlangen bis heute zu völlig professioneller Medienarbeit gelangt ist und sich weiter entwickelt hat. Es gibt Entwicklungen, die ich problematisch finde, vor allem im Gesundheitsbereich. Z. B. die Aussage „Da ist keine Chemie drin“, was meistens Quatsch ist – es geht teilweise bis zur Hysterie. Es appelliert aber an ein breites Lebensgefühl, es ist ein Milliardenmarkt und zeigt, wenn Dinge auch an das Lebensgefühl der Menschen appellieren, sind sie umso erfolgreicher.

VR: Was raten Sie Verbänden, die in dieser Branche tätig sind, wie sie da agieren sollen? Die können das ja nicht ignorieren.

Es ist schwer, da einen guten Ratschlag zu geben. Möglicherweise ist das der Erfolg von Umweltbewegungen gewesen: die Mischung. Nicht einfach nur Fideralala, alles ist schön und gut, wir lieben unsere Umwelt und wollen, dass sie immer besser wird, sondern es wurden auch Gegner identifiziert und die Abgrenzung ist immer „wir und ihr“. Ich beobachte schon, dass diese Mischung recht erfolgreich ist, um an das Lebensgefühl der Menschen ranzukommen.

VR: Ein Schlagwort gegen den Mix an existierender Interessenvertretung aus Verbänden und NGOs war und ist die Kritik am Pluralismus. In Wirklichkeit sei er ein „asymmetrischer Pluralismus“. Teilen Sie diese Kritik?

Pluralismus ist sicherlich nie völlig symmetrisch gewesen, wird es auch nie sein, was die finanziellen Ressourcen angeht. Ein mächtiger, großer Verband könnte eine ganz andere Pressearbeit machen, Kongresse organisieren etc. Aber spontan Demonstrationen auf der Straße zu organisieren – das versuchen manche Verbände und die Parteien, auch die Gewerkschaften, das gelingt schon weniger, das kann man mit Geld machen, bringt aber nicht viel, geht oft nach hinten los. Die Annahme des

Habermas-Schülers Claus Offe, dass ein Interesse nur dann verbandlich Erfolg versprechend ist, wenn es organisationsfähig und konfliktfähig ist, haben viele Kollegen nachgeredet, um nicht zu sagen nachgeplappert. Es wurde gesagt: Die Luft atmen wir alle, die reine Luft ist nichts, was konfliktfähig ist, organisationsfähig. Die Gewerkschaften, ja das ist konfliktfähig; Unternehmerinteresse ist konfliktfähig. Es hat sich aber gezeigt, dass viele Themenfelder wie Umweltschutz, Energie, Gesundheit – völlig diffuse Interessen, die nach diesen Regeln eigentlich gar nicht erfolgreich sein könnten – sich sehr wohl durchgesetzt und behauptet haben in der Konkurrenz zu anderen Themen. Die Medien sind dabei ganz wichtiger Durchlauferhitzer und Verstärker.

VR: Als Beispiel fällt mir jetzt Tabak ein, wo die Bevölkerungsverbote, Beispiel Bayern mit der Volksbefragung, die Politik dann überholt haben.

Wenn die Annahme eines asymmetrischen Pluralismus gestimmt hätte, dann hätte die Tabakindustrie diesen Kampf nie verlieren dürfen. Der Rückgang des Rauchens ist doch deutlich, besonders bei Akademikern, das ist schichtspezifisch, auch sehr interessant, und bei jungen Leuten, Rauchverbot in den Kneipen. Das Rauchverbot hätte eigentlich gar nicht passieren dürfen, wenn Geld allein die Interessenpolitik bestimmt.

VR: Müssen Verbände gerade mit Blick auf erweiterte Bürgerrechte wie Bürgerentscheide sich im Zeitgeist einschreiben, weil sie sonst überraschende und frustrierende Ergebnisse erleben?

Die Tabakindustrie hat immer in den Parteizeitungen ganzseitige Anzeigen geschaltet, weil sie glaubte, Parteimitglieder sind eine ganz wichtige Multiplikatorengruppe. Auf Parteitagen haben sie kostenlos kleine 6er Zigaretten verteilt, haben da einen Stand gehabt. Hat nichts genutzt. War wohl die falsche Strategie.

VR: Auch in den Verbänden fragt man sich: Womit dringe ich denn überhaupt noch durch?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Unser Verein „Wissensregion“, den es seit einem guten Jahr als Ausgründung aus der Düsseldorfer Universität gibt, hat noch keine Broschüre, keinen Flyer, kein Plakat, weil wir nur mit unserer Homepage informieren sowie mit verschiedenen Mailverteilern. Wir haben uns inzwischen vorgenommen, einen kleinen Flyer zu machen. Daran sieht man, wie wichtig diese Art Internetkommunikation geworden ist: Homepage und Mailings. Früher hätte natürlich ein Verein als Erstes mal einen kleinen Flyer gemacht, eine Broschüre, das haben wir bisher gar nicht.

VR: Abschließend möchte ich nach den Methoden der Interessenvertretung fragen. Sie haben da eine eingängige Farbenlehre entworfen. Sie sprechen vom weißen Lobbyismus und vom schwarzen, der eine ist legitim und gesellschaftlich anerkannt, der andere ist illegal und illegitim und auch noch kriminell. Und dann kommt der graue. Der graue ist legal, aber illegitim.

Der weiße Lobbyismus ist der Alltag der Interessenvermittlung und -wahrnehmung, der über völlig legitime und allgemein anerkannte Mittel der Öffentlichkeitsarbeit läuft. Das ist der Standard, der durchaus vertrauliche Gespräche in der Lobby bzw. in den entsprechenden Lokalen in Berlin-Mitte, vom Borchardts bis zum Café Einstein, einschließt. Dagegen ist das andere Extrem der schwarze Lobbyismus, kriminell, Bestechung, Nötigung, nicht zuletzt heißen die Verbände früher „pressure groups“ – (Druck ausübende Gruppen). Der Begriff ist international im Grunde verschwunden, ein interessantes Phänomen. In Deutschland, in Amerika sowieso, ist der Begriff Lobbyismus neutraler geworden. Der schwarze Lobbyismus arbeitet ganz klar mit kriminellen Methoden der Bestechung, der Nötigung, der Druckausübung.

VR: Ist der schwarze Lobbyismus hierzulande Gott sei dank nicht recht riskant?

Es rechnet sich nicht, offen zu betrügen, das hat schon die Flick-Brauchitsch-Affäre gezeigt. Heute zeigt die Diesel-Affäre von VW und anderen, dass es immer noch erstaunlich ist, dass die Industrie nach einem solchen Wahnsinn noch Gewinn gemacht hat, nach dem Jahr, als die Betrugs-Software herauskam, finde ich schon merkwürdig.

VR: Und was ist der graue Lobbyismus?

Der graue Lobbyismus ist für mich als Wissenschaftler der spannendste, weil er nicht illegal ist. Er wird aber von der Öffentlichkeit als nicht legitim angesehen. Beispiel: Die Spenden, die Helmut Kohl angeblich von Ehrenmännern empfangen hat, er ist dafür nie wirklich verurteilt worden, es wurde nie klar, ob die legal gewesen sind oder nicht ganz legal. Es wurde aber entsprechend skandalisiert. Der graue Bereich eignet sich gut für die Skandalisierung, fast noch mehr als der schwarze Bereich – Korruption ist Bestechung, da sind ein paar Millionen geflossen, also zieh die Konsequenzen. Über den grauen Bereich wird lange diskutiert, er ist auch dem Zeitgeist ganz stark unterworfen.

VR: Können Sie ein Beispiel nennen?

Ein altes Beispiel ist der Mercedes von Konrad Adenauer, der im Haus der Deutschen Geschichte steht. Früher war da ein Messingschild dran: Dieser Mercedes 200 von Konrad Adenauer wurde von ihm benutzt für seine Staatsreisen in Europa (weil er nicht gerne flog), und er wurde genutzt für seine Urlaubsreisen nach Caddenabbia und schließlich für seinen Wahlkampf in Deutschland. Als das Museum gegründet wurde, konnte man dieses Faktum völlig unkritisch beschreiben. Es war das Normalste von der Welt, dass ein Politiker seinen Wagen sowohl für den Wahlkampf als auch für den Urlaub nutzen durfte. Heute ist es ein Skandal. So verändern sich die Maßstäbe.



Prof. Dr. Ulrich von Alemann, geb. 1944 in Thüringen. Zuletzt Professur für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach der Emeritierung Gründer und Geschäftsführer des „Vereins zur Förderung der Wissensregion Düsseldorf e. V.“ Forschungsschwerpunkte Parteien, Verbände, Demokratietheorie, Technik und Gesellschaft, Korruption. Aktiv in Politikberatung und Publizistik. Bis 2008 war von Alemann Mitglied im Wissenschaftlichen Kuratorium der DGVM.

VR: Wird mehr skandalisiert?

Meiner Ansicht nach hat sich nicht der Lobbyismus kriminalisiert, sondern die Maßstäbe verändert. Und auch die Moral von Politikern und von Lobbyisten hat sich nicht drastisch geändert, möglicherweise im Gegenteil, aber die Maßstäbe der Öffentlichkeit, der Journalisten, haben sich beträchtlich erhöht. Es wird mehr skandalisiert in der heutigen Medienlandschaft als früher, deswegen scheint es vielen Bürgern so, dass die Poli-

tiker alle korrupt sind und die Lobbyisten ebenso. Der kriminelle Teil, sowohl des Verhaltens von Politikern als auch von Lobbyisten, hat sich eher verringert.

VR: Jetzt könnten wir darüber reden, ob Skandalisierung in dieser Sicht nicht auch ihr Gutes hat. Herzlichen Dank für das Gespräch. ■ (HvV)

Weiterführende Informationen:
→ www.vonvieregge.de